

DIE ZUKUNFT VON NRW.

DIE KRAFT DER SPD.



PROTOKOLL.

**7. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG, 25. JUNI 1983,
DUISBURG, MERCATORHALLE.**

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Eröffnung und Begrüßung	5
2. Grußworte	9
3. Grußansprache	13
4. Konstituierung des 7. ordentlichen Landesparteitages	17
5. Beschlußfassung über a) Tagesordnung b) Geschäftsordnung	18
6. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau	20
7. Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Karl Josef Denzer	32
8. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Bodo Hombach	37
9. Bericht der Kontrollkommission Hans Kalkbrenner	40
10. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten a) Grundsatzreferat b) 7., 8. und 9.	42
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission	51
12. Behandlung der Anträge	52
13. Wahlen a) des Landesvorsitzenden b) der stellvertretenden Vorsitzenden c) der Beisitzer d) der Landeskontrollkommission e) eines Mitgliedes des Parteirates	106
14. Schlußwort	113

Vor Beginn des 7. Ordentlichen Landesparteitages sang und spielte die chilenische Folkloregruppe ARAUCARIA, die

sich mit ihrem Auftritt verabschiedete, um nach langen Jahren im Exil wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

10.15 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung

Antje Huber, MdB,
stellvertretende
Landesvorsitzende
der SPD in NRW



"Liebe Genossinnen und Genossen,

zu allererst wollen wir unseren chilenischen Freunden für die Musik danken. Sie sind zehn Jahre im Exil in der Bundesrepublik gewesen und werden jetzt in ihre Heimat zurückkehren.

Sie haben auch auf dem Nordrhein-Westfalen-Tag in Dortmund für uns gespielt. Wir wünschen ihnen alles Gute. Sie sind sicherlich auch froh, daß wir heute eine Chile-Entschließung verabschieden werden. Wir möchten sie bitten, noch ein Abschiedslied für uns zu spielen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nordrhein-Westfalen steht insbesondere nach der Wende in Bonn heute unter einem doppelten Anspruch, nämlich einmal die Probleme unseres Landes offen zu diskutieren und zum anderen, die SPD als die tragende politische Kraft dieses Landes zu präsentieren. Beides zugleich kann nur gelingen, wenn der Ernst der augenblicklichen Situation ohne Resignation erörtert wird und der notwendige Disput ohne Verletzung erfolgt. Ebenso wie die jeweils diskutierte wichtige Sache wird in der Öffentlichkeit auch verfolgt, ob wir als Volksvertreter uns in der Debatte so verhalten, wie wir das in unseren Sonntagsartikeln beschreiben. Das ist jetzt besonders wichtig und könnte für die Auseinandersetzungen der kommenden Monate in Fragen der politischen Diskussion Maßstäbe setzen.

Hier geht es heute um die Angelegenheiten des größten Bundeslandes, dem allerdings in Bonn nun ein schwieriger Verhandlungspartner gegenübersteht, der die wachsenden Nöte des Reviers zum Beispiel, aber nicht nur des Reviers, erst wirklich registriert, wenn Staatsverdrossenheit infolge des ungeschaffenen Aufschwungs sich über seine Grenzen ausbreitet.

Wir können, jenseits aller kleinlichen parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten, die neue Bundesregierung nur warnen, es sich mit dem marktwirtschaftlichen Konzept nicht zu bequem zu machen und nicht Regionen verkommen zu lassen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für uns alle den Aufschwung gebracht und lange Jahre für viele die Lasten mitgetragen haben.

Nordrhein-Westfalen hat jahrelang auch für nationale Interessen gezahlt, ohne daß dieses öffentlich honoriert worden

wäre. Unser Land kann jetzt mangels Steuern und weiterer Kreditmöglichkeiten viele Wünsche nicht erfüllen.

Neben dieser nüchternen Betrachtung aber, die man jetzt in den Vordergrund stellen muß, sollten unsere Worte und Taten auf eine Zukunft weisen, die falsche und manchmal auch verständliche Ansprüche abweist, aber die lebenswichtigen Hoffnungen als erfüllbar glaubhaft macht: zum Beispiel am Arbeitsplatz, im Bildungsbereich, im Sozialbereich und im Umweltschutz.

Ich bin überzeugt davon, daß das unsere Beratungen heute leiten wird, ohne daß wir in eine kleinliche Haushaltsberatung über Einzelpunkte des Etats abgleiten.

Es wird Zeit, daß wir merken in unserer Partei, daß wir uns nicht monatelang um ein einziges Thema kümmern dürfen, sondern daß den Bürger auch noch andere Sorgen drücken und daß er uns in unserer Kompetenz daran mißt, wann und wie wir Aussagen zu diesen Themen treffen.

Nordrhein-Westfalen ist zur Zeit das einzige große Bundesland, in dem die SPD regiert, die einzige große Bastion der SPD.

Man schaut auf uns bundesweit mehr als früher und besonders mit dem Blick auf die Wahljahre 1984 und 1985. Wir, die nordrhein-westfälische SPD, nehmen die Herausforderung an und versprechen, mehr als unsere Pflicht zu tun. Aber wir erwarten auch von den Parteimitgliedern in den anderen Regionen und insbesondere von unseren Mandatsträgern in Bonn und in den anderen Ländern, daß sie uns in den hart bedrängenden nationalen Fragen wie Kohle und Stahl nicht lokalpatriotisch im Stich lassen und dann gespannt 1985 vor dem Fernsehschirm sitzen um festzustellen, ob Johannes Rau es wieder schafft!

Mancher Fortschritt, liebe Genossinnen, liebe Genossen, ist heute nicht mit Geld zu kaufen. Er wird aber möglich durch Solidarität - und das ist eine alte Tradition der SPD, übrigens eine, die man nicht mit Geld bezahlen kann.

Was Bonn betrifft, so ist Oppositionspolitik sicher schwierig. Das wissen wir. Aber sie gewinnt ihre Stärke dort, wo sie Ängste und Nöte der Bevölkerung ausdrückt, an denen man nur bei Strafe zukünftiger Massenverarmung vorbeisehen kann. Wir haben immerhin in besseren Zeiten 20 Milliarden DM an andere Län-

der abgegeben. Jetzt fordern wir die umgekehrte Solidarität für ein Land, das mit seinen Potentialen und mit seiner Entwicklung sich sehen lassen kann, auch wenn etliche Märkte jetzt schwierig sind.

Die politische Verantwortung der SPD hat dieses Land seit Jahren geprägt. Sie ist das Fundament, auf das der Bürger sich auch und gerade in harten Zeiten verlassen kann. Dies vor allem muß unser Parteitag hier deutlich machen.



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir freuen uns, daß wir eine Reihe von Gästen unter uns haben.

Wir wollen sie herzlich begrüßen.

Wir erwarten auch noch Willy Brandt, der zu uns sprechen wird.

Zunächst begrüßen wir den Oberbürgermeister dieser Stadt, unseren Freund Josef Krings.

Wir begrüßen unseren früheren Regierungschef Heinz Kühn.

Von der Spitze der Bundestagsfraktion ist Anke Fuchs unter uns. Horst Ehmke hat sein Kommen angekündigt.

Aus dem Bereich der Gewerkschaften begrüßen wir Heinz Oskar Vetter, den früheren DGB-Bundesvorsitzenden,

Ilse Brusis vom DGB-Bundesvorstand,

Michael Geuenich, den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen

und

Werner Fischer, den nordrhein-westfälischen Landesverbandsleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

Wir haben auch Gäste der ausländischen Schwesterparteien unter uns.

Wir begrüßen von der luxemburgischen Arbeiterpartei Guy Linster,

von der PSOE aus Spanien ist Augustin Marina gekommen und von unserem israelischen Patenbezirk Tel-Aviv Motke Esched.

Wir begrüßen recht herzlich, auch wenn ich sie nicht im einzelnen nenne, die Vertreter der ausländischen Konsulate, die uns heute die Ehre geben.

Ferner ist unter uns Richard Grünschläger, der Regierungspräsident von Arnberg.

Es sind zu uns gekommen Wilfrid Hülsberg, der Landesvorsitzende der Falken, und

der Genosse Rieger von den Naturfreunden. Wir freuen uns über diesen Besuch und hoffen, daß wir damit auch Bundesgenossen gewonnen haben für die Bewältigung der Probleme, die uns bewegen.

Ich begrüße recht herzlich auch alle Delegierten und Gastdelegierten, und wir begrüßen die Mithelfer des Parteitages.

Ein ebenso herzlicher Gruß gilt den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Wir danken ihnen für das Interesse, das sie heute dem ganzen Land und der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.

Ich möchte die Genossen Posser, Girgensohn und Schnoor für einige Stunden entschuldigen. Sie sind verhindert wegen der Veranstaltung in Krefeld, von der Ihr alle wißt. Ich denke, daß dieser Parteitag die dringende Hoffnung ausdrücken sollte, daß die hierbei stattfindenden Demonstrationen ohne Gewalt verlaufen mögen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteitag 1983 ist eröffnet!

Zu Beginn möchte ich bitten, Euch zu Ehren der Toten, die wir zu beklagen haben, zu erheben.

Stellvertretend für alle, die uns verlassen haben, nenne ich

Peter Fischermann,
Landrat aus Heinsberg, für den Bezirk Mittelrhein,

Max Ingberg,
den Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Minden,



Eugen Krautscheid,
den langjährigen Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen,

Otto Libuda,
den ehemaligen Geschäftsführer des Unterbezirks Paderborn,

Hermann Lorsch,
den Bezirksleiter der Gewerkschaft Nahrung und Genuß in Bielefeld,

Adi Meyer,
unseren Mitarbeiter aus dem Bezirksbüro Mittelrhein.

Wilhelm Meinicke,
den Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion in Oberhausen haben wir verloren. Er war 33 Jahre lang in dieser Funktion und der Dienstälteste aller Vorsitzenden der bundesdeutschen Parlamente. Er war auch Landtagsabgeordneter, und wir haben ihn sicherlich fast alle sehr gut gekannt.

Karl Mirus
hat uns verlassen, der langjährige Vorsitzende unserer Landeskontrollkommission. Er war als Vorsitzender der Kontrollkommission auch im Bezirk Westliches Westfalen tätig.

Elli Müller
aus dem Bezirk Mittelrhein war uns Frauen sehr gut bekannt. Sie war fünfzig Jahre lang Mitglied der SPD und hauptamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt.

Hermann Scheffler
war der Unterbezirksvorsitzende von Hagen, langjähriger Bundestagsabgeordneter und der erste Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Hermann Schmidt (Würgendorf) war ebenfalls langjähriger Bundestagsabgeordneter und Staatssekretär a. D.;

Dieter aus dem Siepen war seit 1969

Bürgermeister und ab 1974 Oberbürgermeister der Stadt Mülheim;

Elisabeth Surmann aus Düsseldorf war 75 Jahre Mitglied unserer Partei.

Diese Genossinnen und Genossen haben uns lange Wegstrecken begleitet. Wir möchten ihnen danken und wir werden sie in ehrender Erinnerung behalten.
Ich danke Euch.

Ich möchte noch auf zwei Ausstellungen hinweisen. Die eine ist eine Solidaritätsaktion zu Chile und Nicaragua, die andere über Genossenschaftswesen und Selbsthilfe. Beide können in den Unterbezirken ausgeliehen werden.

Wir bitten sehr, Euch diese Ausstellungen in der Mittagspause anzusehen.

Herzlichen Dank."

2. Grußworte

Grußwort des Oberbürger- meisters der Stadt Duisburg Josef Krings



"Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe schon gestern beim Landesvorstand darauf hingewiesen, daß Ihr in einer Stadt tagt, die Geburtstag hat. Vor 1100 Jahren segelten die Wikinger rheinaufwärts und machten leider das, was die Wikinger überall gemacht haben: Frauen schänden, Männern die Schädel einschlagen, Stadtkassen plündern und Meßwein klauen. Der Abt hat das aufgeschrieben und deshalb sind wir erstmalig urkundlich erwähnt worden. Das feiern wir heute, und ich will daraus auch eine Lehre ziehen und Euch bitten, die Wikinger nicht zum Vorbild zu nehmen.

Aber ich darf zum Ernst kommen. Ihr tagt in einer Stadt, in der es böse Kennziffern gibt, sehr ähnliche wie bei Euch: 30.000 Arbeitslose, 30.000 Kurzarbeiter, 30.000 Sozialhilfeempfänger. Die Menschen bewegt die Sorge um den Arbeitsplatz. Das gilt für das ganze Land

und das gilt für das Revier im besonderen. Die Arbeitslosigkeit im Mai betrug in Dortmund 14,8 %, in Gelsenkirchen 13,9 % und in Bochum 13,4 - in Duisburg 17,5 %. Ihr tagt in der Stahlstadt Duisburg und Ihr versteht meine Sorge, die auch die Sorge von Günter Samtlebe, von Werner Kuhlmann, von Friedhelm van den Mond und von Heinz Eikelbeck ist: Die Stahlindustrie findet in der Bundesrepublik nicht zu einem einheitlichen Konzept.

Die zweite Sorge, die wir haben, gipfelt in der Frage, ob die Bundesregierung das Land Nordrhein-Westfalen verkommen lassen will. Die Duisburger Entscheidung zeigt den Kurs für das Revier. Seit der Ruhrkonferenz setzen wir auf die nordrhein-westfälische Landesregierung. Das heißt: Kohle zuerst, Stahl bleibt im Revier, aber auch: neue Technologie gehört in eine alte Industrieregion.

Ich habe gestern die Nachricht bekommen, daß in Duisburg das Eisenbahnausbesserungswerk in Wedau wahrscheinlich geschlossen wird und daß sich Alfred Dregger sehr entschieden für den Erhalt des Eisenbahnausbesserungswerks in Fulda einsetzt. Ich frage mich dabei, ob dies beispielhaft sein wird für die nächste Zeit.

Lieber Johannes,
ich will das Grußwort nicht überziehen und Dir sagen: Du verstehst Dich immer mehr als entschiedener Lobbyist für Nordrhein-Westfalen. Laß Dich nicht durch kleinkariertes Mäkeln davon abbringen.

Die Hafenstadt Duisburg schenkt Dir einen Kompaß. Das ist ja bekanntlich ein Gerät, das in der Schifffahrt unentbehrlich ist, um den richtigen Kurs zu halten.

Das erste deutsche Rheinschiff, das in Duisburg 1844 von der Firma Haniel gebaut wurde, hatte einen solchen Kompaß, wie ich ihn jetzt vor mir habe. Das Schiff hatte den schönen Namen "Hoffnung".

Laß Dir die beiden Knäufe - rot und grün - nicht allzu sehr zu Herzen gehen und überinterpretiere das auch nicht. Die Farben stehen für Backbord und Steuerbord - nicht mehr..

Ich darf Dir zurufen und Dich bitten: halte den Kurs auch in stürmischer See und fahre immer in richtiger Richtung!

Vielen Dank."

Grüßwort des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Niederrhein Heinz Schleußer



"Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist üblich, auch die Grüße des gastgebenden Bezirks den Delegierten des Landesparteitages zu übermitteln. Ich tue das gern und denke dabei daran, welchen Anteil der Bezirk Niederrhein daran hatte, daß aus den vier Bezirken des Landes Nordrhein-Westfalen seinerzeit diese Landespartei geworden ist. Wobei wir bei allem Stolz auf unseren Anteil sehr wohl wissen und auch hinnehmen müssen, daß nicht nur immer reine Freude aus dem Bezirk zur Landespartei gekommen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem wir am 1. Oktober 1982 durch den Wechsel des Koalitionspartners und dann am 6. März durch den Wählerentscheid unsere Gestaltungsmöglichkeiten in Bonn weitgehend verloren haben, müß-

te es verstärkt unsere Aufgabe sein, aus den wenigen roten Punkten in der zu schwarz gewordenen Bundesrepublik wieder mehr zu machen und alles daranzusetzen, daß wir in Nordrhein-Westfalen unsere Handlungsfähigkeit auch nach 1985 erhalten können. Dabei wird es nicht nur um die richtigeren Lösungen und die besseren Antworten gehen, die wir haben und die wir geben können; das war auch vor dem 6. März so, sondern es wird auch mit darum gehen, unsere Position zu den Wählern zu transportieren. Und dazu gehört, glaubwürdig zu sein in unseren Aussagen und damit das Vertrauen zu gewinnen, daß das, was wir sagen, nicht nur Aussage bleibt, sondern konkrete Politik wird.

Dazu gehört auch die Frage, so finde ich, die sich jeder von uns immer wieder stellen sollte, wenn Erklärungen abgegeben, Entscheidungen begründet, Überlegungen dargestellt werden: wem nützt das? Wäre das immer so, daß diese Frage gestellt und beantwortet würde, dann wäre ich mir sicher, liebe Genossinnen und Genossen, daß manche Erklärung anders aussehen, manche Entscheidung nicht so getroffen und eine Reihe von Überlegungen jedermann für sich behalten würde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Duisburg ist immer ein guter Platz für vernünftige Sach- und Personalentscheidungen der Partei in Nordrhein-Westfalen gewesen.

Knapp zwei Jahre vor der Landtagswahl und ein Dreivierteljahr vor der kommenden Kommunalwahl haben wir Anlaß und Grund genug, heute gemeinsam jeden Versuch zu unternehmen, dieser positiven Bilanz der Partei hier an diesem Ort ein weiteres Datum hinzuzufügen.

Dem Landesparteitag ein herzliches Glückauf!"

Grußwort des neugewählten Vorsitzenden des Deutschen Städtetages Günter Samtlebe



"Liebe Genossinnen und Genossen,

ich danke Euch, daß ich ein kurzes Grußwort an Euch richten kann, und da ich weiß, wie Grußworte gewürdigt werden, wenn sie einen Parteitag langweilen, will ich es kurz machen.

Ich hätte heute am liebsten schon am Vormittag als Delegierter bei Euch gesessen. Aber da die Ruhrgebiets-Oberbürgermeister ernstnehmen, was Willy Brandt und Johannes Rau sagen, nämlich nach Möglichkeit bei den Bürgern zu sein, war ich den ganzen Morgen auf der Schachanlage Minister Stein in Dortmund; denn dort gehören wir in erster Linie hin.

Laßt mich sagen, liebe Genossinnen und Genossen, daß ich völlig illusionslos - auch gegenüber meiner eigenen Partei - in meine neue Tätigkeit gehe. Wir reden von der Renaissance, die die SPD über die Kommunen und über die Kommunalpolitiker erleben soll. Das ist für meine Begriffe zu hoch aufgehängt. Das mutet uns zuviel zu! Denn wir können nur zu-

sammenwirken, indem wir wieder eine klare Sprache sprechen und indem wir uns überall dort bewegen, wo die Bürger sind. Wir dürfen nicht etwa glauben, daß die Bürger zu den Propheten kommen, die Visionen für das Jahr 2.500 verkünden. Heute ist einiges los in unserem Lande, im Revier! Da ist es gut, dabei zu sein und rechtzeitig die Ohren in den Wind zu stellen.

Ich weiß, daß die Haupttätigkeit im Städtetag - gemeinsam mit Euch - den Fragen der Finanzen und der Gemeindefreiheit gelten wird. Wenn wir über Kommunalfinanzierung sprechen, sollten wir ehrlich miteinander sein. Dann sollten wir freimütig zugeben, daß nicht mehr allzuviel beim Land und beim Bund zu holen ist. Es gebietet einfach die Redlichkeit - besonders gegenüber unserer Landesregierung, die auch jetzt noch nach diesem schlimmen Eingriff die kommunalfreundlichste ist, dies deutlich zu sagen. Seitdem Johannes Rau da ist und vor allen Dingen auch sein Innenminister, werden die Kommunalpolitiker respektiert und als Gleichberechtigte behandelt. Das ist unter Umständen mehr wert, als mit einer Tasche voll Geld zu kommen.

In einer anderen Frage werden wir Streit bekommen, und diesem Streit werde ich nicht aus dem Wege gehen. Das ist die Frage der Gemeindefreiheit.

Ich bin nicht zufrieden mit dem, was in Sonntagsreden erklärt wird. Da muß die eine oder andere Gängelung abgebaut werden, da muß der eine oder andere Erlaß verschwinden. Zieht Euch bitte, Landesregierungen - gleichgültig welcher politischer Couleur - und Regierungspräsidenten auf das wieder zurück, wozu Ihr allein nach der Verfassung zuständig seid: Ihr habt lediglich darauf zu achten, daß die Kommunen im Rahmen des geltenden Rechtes arbeiten können. Mehr steht Euch nicht zu!

Wenn man nämlich Bürgerbeteiligung ernstnimmt, Genossinnen und Genossen, und auch bereit ist, auf ernsthafte Frauen und Männer zu hören, dann muß man mit den Mandatsträgern in den Kommunen anfangen. Sie haben ein Mandat.

Sie sind keine selbsternannten Träger irgendwelcher Initiativen. Sie müssen gewählt werden und sich immer wieder zur Wahl stellen.

Da sehe ich unsere gemeinsame Arbeit. Dabei ist für mich selbstverständlich, aber ich will es dennoch sagen: Die

Arbeit, wo immer, ob in der SGK oder im
Städtetag, kann nicht am Rande oder in
irgendeiner Gruppierung der Partei er-
folgen, sie kann nur mitten drin sein -
in einer gemeinsamen Solidarität.

Dem Landesparteitag ein herzliches
Glückauf!"

3. Grußansprache

Grußansprache des
Vorsitzenden des
DGB-Landesbezirks
Nordrhein-
Westfalen
Michael Geuenich



"Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich überbringe die Grüße der Gewerkschaften von Nordrhein-Westfalen an den Landesparteitag der SPD in Duisburg.

Die SPD ist eine Volkspartei. Der DGB ist eine Arbeitnehmerorganisation. Bereits aus dieser Definition ergibt sich ein Spannungsverhältnis. Ich bin dankbar, daß ich heute einige Positionen aufzeigen kann aus der gewerkschaftlichen Sicht. Denn es gilt: Wer Volkspartei sein will, muß auch die Interessen außerhalb der Arbeitnehmerschaft aufgreifen und umsetzen. Dies ist uns klar. Die Existenz der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen macht diesen Sachverhalt ebenso augenfällig wie die vor Jahren erfolgte Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

Die Landes-SPD hat es zugegebenermaßen nicht leicht. Manches, was in Bonn von der SPD verlangt wird, kann in Düsseldorf nicht geleistet werden. Die Gefahr liegt darin, große Entschließungen zu verabschieden, anstatt selbstbewußt und offen die Grenzen der Handlungsspielräume in der Landespolitik aufzuzeigen. Aber die Arbeitnehmer haben ein Gespür dafür, was geht und was nicht geht. Arbeitnehmer haben mit dem Godesberger Programm die politische Öffnung der Partei vorangetrieben: aus einer 30%-Partei am Rande der politischen Einflußsphäre wurde schon zehn Jahre später eine SPD im Mittelpunkt politischer Macht. Siebzehn Jahre Regierungsbeteiligung machen dies deutlich.

Und dennoch: Spätestens Mitte der 70er Jahre sind Entwicklungen eingetreten, die Fragen aufwerfen und nach Antworten verlangen. Gemeint ist die wirtschaftliche Krise, ja die Gefahr einer Depression, die am Horizont zu erkennen ist.

Das Gerede vom Aufschwung verkleistert die reale Situation. Es verharmlost die Lage und ist ein übles Spiel mit den Arbeitslosen!

Ganz sicher ist es kein Zufall, wenn ein Blatt wie DIE ZEIT spöttisch vom kürzesten Aufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik spricht.

Die Wirtschaftskrise hat zur Verarmung des Staates geführt, die Kassen der öffentlichen Hand sind leer, und gerade die Sozialdemokraten des strukturell besonders hart gebeutelten Landes Nordrhein-Westfalen haben jeden Tag mit diesem Problem zu kämpfen. Nicht die Verteilung des Mehrprodukts, sondern die Verwaltung des Mangels steht auf der Tagesordnung. Dies hat Folgen: Über Jahrzehnte verdeckte Interessensgegensätze brechen wieder auf. Wir erleben, wie jeden Tag die wirtschaftlich Mächtigen an der sozialen Absicherung der Schwachen zerren.

Wo liegen nun die Chancen einer Regierung, die sparen muß? Bei einer linearen Kürzung in allen Haushaltsbereichen sicherlich nicht. Dies kann nicht der Stein der Weisen sein, denn für eine solche Politik reicht notfalls ein Computer.

Politik heißt aus unserer Sicht: den

Willen zu gestalten. In Krisenzeiten bedeutet dies: Prioritäten setzen.

Die Bundesregierung setzt Schwerpunkte, allerdings sind ihre Prioritäten falsch und die Schwerpunkte höchst unsozial.

In der Sozialpolitik tut sich ein Abgrund auf, in den Hunderttausende abzustürzen drohen. Kürzungen bis weit unter das Existenzminimum werden von der Bundesregierung praktiziert.

Am sozialen Netz stehen Lambsdorff und Stoltenberg mit dem Schneidbrenner, und unser Kollege Blüm in der Bundesregierung redet nur, anstatt ihnen die Gasflasche abzdrehen.

Diese Politik ist hart für die Gewerkschaften. Aber ich denke: sie ist auch eine Chance für die Sozialdemokraten.

Viele Prioritäten müssen Schlagseite für die Arbeitnehmerschaft aufweisen. Die Schlagseite wird auch das Pfund sein, mit dem 1984 und 1985 die Wahlen gewonnen werden können.

Tatsache ist: bereits an eine Koalitionsregierung unter SPD-Führung wurden hohe Ansprüche gestellt. Die Ansprüche an die sozialdemokratische Alleinregierung indessen liegen logischerweise noch darüber. Viele Parteitage waren jahrelang geprägt von dem Stoßseufzer: "wenn nur die FPD nicht wäre". Die Bürger, vor allem die Arbeitnehmer, haben diesen Satz registriert. Er schlägt natürlich auf die Anspruchserwartung zurück.

Es geht jetzt darum, glaubwürdige Positionen aufzuzeigen, und dies auch für die Masse der Arbeitnehmer verständlich auszudrücken!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Sozialdemokraten und Gewerkschafter verbindet eine lange, oft leidvolle Geschichte. Bis zum heutigen Tage hat sich das Band des Vertrauens als reißfest erwiesen. Es hält jedoch nicht automatisch. Für viele Kolleginnen und Kollegen liegt sein Wert in einer unverwechselbar arbeitnehmerorientierten Politik. Dies gilt vor allem in Krisenzeiten, wo es sehr leicht zu einer Kluft zwischen Hoffnung und Wirklichkeit kommen kann. An dieser Kluft sind die Gewerkschaften im Lande nicht interessiert. Unrealistische Forderungen werden von uns nicht gestellt. Was wir erhoffen, ist eine stärkere Betonung der Interessen der abhängig Beschäftigten und damit der sozial Schwachen.

Die SPD muß den Arbeitnehmern eine wirtschaftliche Perspektive geben. In Nordrhein-Westfalen ist dies besonders wichtig, weil hier die SPD in der Regierung und in Bonn in der Opposition ist. Sie muß qualitatives Wachstum und Arbeitszeitverkürzung zur zentralen Frage ihrer Innenpolitik machen. Sie muß deutlich machen, daß Umweltschutz, Produktivitätsentwicklung und Arbeitsplätze bei allgemeiner Arbeitszeitverkürzung keine Widersprüche sind.

Die aktuellen Konflikte um die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen sind für die Mehrheit der Arbeitnehmer in ihrem Sinne unverständlich. Warum sagen wir nicht: Es geht um Arbeitsplätze und Umweltschutz, statt die Begriffe Ökologie und Ökonomie zu verwenden? Eine SPD, die hier an der Macht bleiben und dort in Bonn an die Macht zurück will, muß bei den Arbeitnehmern verstanden werden.

Die Partei muß die Energiewirtschaft zu den nötigen Umweltinvestitionen zwingen, ohne daß die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefährdet wird.

Die Wirtschaftspolitik der SPD muß gekennzeichnet sein durch die Stärkung sinnvoller privater und staatlicher Investitionen. Sie muß den Mut aufbringen, staatliche Eingriffe in den privaten Wirtschaftsbereich vorzunehmen. Denn vergessen wir nicht: achtzig Prozent aller Investitionen werden von Privaten getätigt.

So kann die Sozialdemokratie das Profil gewinnen, das sie von der Union und der FDP unterscheidet! Das Arbeitnehmerbein am Volkstisch SPD darf nicht brechen, sonst bricht die gesamte SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind in Duisburg mitten im Ruhrgebiet, oft wird gesagt: im sozialdemokratischen Herzen der Bundesrepublik. Aber aus unserer Sicht ist dieses Herz krank. Seine Schlagadern - Kohle und Stahl - werden mit riesigem Druck zusammengepreßt.

Die Landesregierung versucht, bei Kohle und Stahl das Mögliche zu tun. Es gehört aber auch dazu, deutlich zu machen, was man selbst kann und was eindeutig in die Kompetenz des Bundes gehört.

Die Bundesregierung hat viel geredet. Die Stahlkonzerne betreiben das Spiel: jeder gegen jeden. Da werden Marktanteile

le neu vergeben, Ausblutungsstrategien entwickelt und nebenbei von einigen Profite gemacht.

Nur: vom Erhalt der Arbeitsplätze ist in den Chefetagen nie die Rede. Im Gegenteil!

Hier tut ein Kurswechsel not. Es ist notwendig, daß die Kohle neu geordnet wird und daß die Bundesregierung mit ihren allgemeinen Feststellungen Schluß macht und eine sinnvolle Investitionspolitik für den Kohlebergbau auf die Schiene bringt, anstatt immer nur mit der Subventionsgießkanne umherzugehen.

Die Bundesregierung - dies ist unsere Forderung - soll endlich ihren Anteil an der Stahlisanierung auf zwei Drittel erhöhen. Sie läßt es an Klarheit fehlen, läßt Moderatoren zu Wort kommen und hält sich selbst zurück.

Wir konstatieren bei den Unternehmen mangelnde und fehlende Einsicht. Diese kann nur mit politischem Druck zustandegebracht werden. Fällige Staatszuschüsse dürfen nicht zur Beseitigung von Arbeitsplätzen, sondern sie müssen zur Modernisierung von Anlagen und zur Entwicklung marktgerechter Produkte eingesetzt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik muß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stehen. Ende des Jahres wird die Bundesrepublik drei Millionen, Nordrhein-Westfalen sicher eine Million Arbeitslose aufweisen. Massenarbeitslosigkeit ist das Problem der Gegenwart. Wir fürchten, daß es auch noch einige Zeit das Problem der Zukunft bleiben wird. Möglicherweise sind Zahlen von fünf Millionen Arbeitslosen eines Tages bittere Realität.

Ohne durchgreifende politische Maßnahmen wird uns eine Problemlawine überrollen!

Besondere Bedeutung setzen die neuen Technologien, denn die alte Wahrheit, Technik schafft Arbeitsplätze, droht in ihr Gegenteil umzuschlagen. Vom Bundespostminister stammt der Satz, daß die neue Regierung nicht verhindern wird, was die Technik ermöglicht. Leider ist dies auch der Grundsatz fast der ganzen Bundesregierung.

Wir brauchen ein neues Technologieverständnis, denn die Richtschnur kann nur heißen: vor die Einführung neuer Tech-

nik muß ihre soziale Beherrschung gestellt werden und der Anteil der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Ergebnis muß gesichert werden. Ein offensives Politikkonzept ist nötig. Die Bevölkerung ist verunsichert. Sie will Wege erkennen, will neuen Mut fassen. Dieses Rezept hat der Union bei den letzten Wahlen genutzt. Nur, die Zutaten dieses Rezeptes sind für die Arbeitnehmer ungeeignbar.

Neben der Arbeitszeitverkürzung muß qualitatives Wachstum, muß die Mitbestimmung stehen. Hier kann Nordrhein-Westfalen Vorreiter sein.

Die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes steht an, die Mitbestimmung in öffentlich rechtlichen Unternehmen kann verbessert werden.

Die Einführung von Strukturräten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist - beispielsweise - ein weiterer Weg der Mittel oder eine Bundesratsinitiative zur Sicherung der Mitbestimmung im Unternehmensbereich.

All dies wäre Politik für die Arbeitnehmer, würde Pluspunkte schaffen. Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sollten deshalb ihre Chance nutzen. Verzögerungen müßten zur Irritation bei den Gewerkschaften führen. Speziell die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes wird dies mit sich bringen.

700.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind davon betroffen.

Der von den Sozialdemokraten angestrebte Schulterschuß muß seinen Niederschlag in nachvollziehbarer Arbeitnehmerpolitik finden!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein von der SPD herausgebrachtes Buch zu diesem Parteitag hat die Überschrift "Die Zukunft der Sozialdemokratie hängt davon ab, ob ihre Organisation in der Lage ist, politische Ideale ihrer Wähler in der politischen Praxis durchzusetzen."

Dieser Satz gilt.

Ich wünsche der SPD die Kraft dazu. Umfragen zeigen, daß Sympathieverluste der SPD auch die Gewerkschaften mit einbeziehen und umgekehrt.

Ich denke, es lohnt sich, für die sozial Schwachen zu kämpfen, für eine menschliche Gesellschaftsordnung einzu-

treten.

Demokratie im guten Sinne ist unsere gemeinsame stärkste Wurzel. Wir sollten alles tun, um sie in alle Lebensbereiche hineinzutragen.

Dem Landesparteitag ein herzliches Glückauf!"

4. Konstituierung des 7. ordent- lichen Landes- parteitages

Es wurden
vorgeschlagen
und gewählt
bzw.
bestätigt:

a) als Mitglieder des Präsidiums

Hans Werner Bertel, Niederrhein
Anke Brunn, Mittelrhein
Horst Hein, Ostwestfalen-Lippe
Hermann Heinemann, Westliches West-
falen
Günter Schluckebier, UB Duisburg

b) als Mitglieder der Man- datsprüfungskommission

Norbert Busche, Bezirk Westliches-
Westfalen
Günter Essen, Bezirk Niederrhein
Horst Ginuttis, Bezirk Mittelrhein
Renate Handke, Bezirk Westliches-
Westfalen
Manfred Hofmeister, Bezirk Ostwest-
falen-Lippe
Hans Kalkbrenner, Kontrollkommission
Heinz Kamm, Unterbezirk Duisburg
Gisela Kramer, Bezirk Mittelrhein
Wilfried Mittelberg, Kontrollkommis-
sion
Reinhard Paul, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe
Rainer Verhoeven, Kontrollkommission
Christel Weber, Bezirk Niederrhein

c) als Mitglieder der Zählkommission

Irene Albers-Spratte, Bezirk Ost-
westfalen-Lippe
Detlev Bogdan, Bezirk Westliches
Westfalen
Horst Ginnuttis, Bezirk Mittelrhein
Manfred Holsiek, Bezirk Westliches
Westfalen
Gisela Kramer, Bezirk Mittelrhein
Marianne Kronwald, Bezirk Nieder-
rhein
Klaus Rothgang, Bezirk Niederrhein
Willi Schultheis, Bezirk Mittelrhein
Hans-Günter Steins, Bezirk Nieder-
rhein
Friedel Uthe, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe

d) die Mitglieder der Antragskommission

Bernd Dopheide, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe
Gerhard Dornseifer, Bezirk Mittel-
rhein
Detlef Ehlert, Bezirk Niederrhein
Hans Ettrich, Bezirk Westliches
Westfalen
Reinhard Grätz, Landesvorstand
Horst Henning, Bezirk Mittelrhein
Dieter Jüngerkes, Bezirk Niederrhein
Rainer Maedge, Landesvorstand
Franz Müntefering, Bezirk Westliches
Westfalen
Ruth Nabel, Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hans Peters, Bezirk Westliches West-
falen
Willi Schmidt, Bezirk Ostwestfalen-
Lippe
Volkmar Schultz, Bezirk Mittelrhein
Gerd-Peter Wolf, Bezirk Niederrhein
Christoph Zöpel, Landesvorstand

5. Beschlußfassung über a) Tagesordnung b) Geschäfts- ordnung

a) Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Grußworte;
3. Grußansprache des DGB-Landesvorsitzenden Michael Geuenich;
4. Konstituierung des 7. ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Zählkommission
 - d) Bestätigung der Antragskommission;
5. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung;
6. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Räu;
7. Bericht des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Karl-Josef Denzer;
8. Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Bodo Hombach (schriftliche Vorlage);
9. Bericht der Landeskontrollkommission Hans Kalkbrenner (schriftliche Vorlage und mündliche Ergänzung);
10. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten
 - a) 6. Grundsatzreferat
 - b) 7., 8. und 9.;
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
12. Behandlung der Anträge;
13. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden
 - b) der stellvertretenden Vorsitzenden
 - c) der Beisitzer
 - d) der Landeskontrollkommission
 - e) eines Mitgliedes des Parteirates;
14. Schlußwort.

b) Geschäfts- ordnung

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde bei Änderung der Frist für die Einreichung der Initiativ-Anträge auf 12.00 Uhr angenommen. Zuvor war beschlossen worden, während der Antragsberatung zuerst über das Votum der Antragskommission abstimmen zu lassen.

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (§9) durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt:

der Landesvorsitzende,
die stellvertretenden Landesvorsitzen den in besonderen Wahlgängen,
die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.

Wahlen zum Landesvorstand sind geheim.

Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei.

5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt.

Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung der Initiativ-Anträge. Initiativ-Anträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (14. Mai 1983) nicht absehbar war. Antrags-schluß ist der 25. Juni 1983, 12.00 Uhr.

Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.

6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragssteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.